

# Deutscher Gehörlosen-Bund e. V.

Interessenvertretung der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung in Deutschland



Berlin, 06.09.2021

## Wahlprüfsteine des Deutschen Gehörlosen-Bundes zur Bundestagswahl 2021

Antworten von fünf bundespolitischen Parteien: DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/CSU, FDP<sup>1</sup> (Kurzfassung)

### Gesundheit

**1. FRAGE:** Was wollen Sie tun, um die gesundheitliche Versorgung gehörloser Menschen zu verbessern, z. B. Zugang zu allen wichtigen Informationen von verschiedenen Bundesministerien in Deutscher Gebärdensprache, Einrichtung einer Corona- bzw. Gesundheitshotline für gehörlose Menschen etc.?






				
<p>Konsequente Befreiung des Gesundheitswesens von Barrieren (Arztpraxen, Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen, Untersuchungstechniken, Kommunikation mittels Leichter Sprache/ Gebärdensprachdolmetschen)</p> <p>Verständliche Patient/-inneninformationen und entsprechende Beratungsleistungen</p> <p>Aus-, Fort- und Weiterbildung für medizinisches und pflegerisches Fachpersonal durch fachkundige Peerkräfte für bedarfsgerechten/diskriminierungsfreien Umgang mit Menschen mit Behinderungen</p>	<p>Sicherstellen einer umfassend inklusiven Gesundheitsversorgung, barrierefreie Erbringung von Leistungen</p> <p>Wichtige Rolle der Belange von Menschen mit Behinderungen in der Aus- und Fortbildung</p> <p>Beseitigung der Benachteiligungen im Leistungsrecht, insb. bei der Hilfsmittelversorgung und Assistenz bei Krankenhausaufenthalten</p> <p><b>Informationen der Bundesministerien in DGS:</b></p>	<p>Gleichberechtigter, diskriminierungsfreier, barrierefreier und bedarfsorientierter Zugang zu Leistungen des Gesundheitssystems für alle Menschen („gesundheitliche Chancengleichheit“)</p> <p>Stärkere Berücksichtigung von Barrierefreiheit z. B. in der ambulanten und stationären Versorgungsplanung</p> <p>Sensibilisierung von Fachkräften für die Belange von Menschen mit Behinderungen</p> <p>Ausbau von Angeboten für die Zugänglichkeit von Gesund-</p>	<p>Einsatz für möglichst barrierefreie Wege zu wohnortnahen Einrichtungen des Gesundheitssystems (Ärzte, Notfallversorgung, Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheitshandwerk, Sanitätshäuser)</p> <p>Digitale Technologien als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und zum Zugang zu Gesundheitsinformationen/-versorgung, z. B. durch zugeschaltete Gebärdensprachdolmetscher</p> <p>Weiterentwicklung des BGG und der BITV</p>	<p>Zugang zu Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger</p> <p>Möglichkeit zur virtuellen und barrierefreien Erledigung notwendiger Amtsgänge</p> <p><b>Informationen der Bundesministerien in DGS:</b> Übersetzung aller Pressekonferenzen des Bundes live in Gebärdensprache, Übersetzung von Live-Statements aller Ministerien und untergeordneter Behörden in Gebärdensprache</p> <p><b>Corona-/ Gesundheitshotline:</b> keine explizite Aussage</p>

<sup>1</sup> Hinweis: Die Reihenfolge der Nennung der Parteien entspricht der Reihenfolge des Eingangs der Antworten auf die Wahlprüfsteine.

<p>Garantie von Selbstbestimmungsrechten von Menschen mit Behinderungen in der Pflege und (teil-)stationären Einrichtungen, auch durch Mitnahme persönlicher Assistenz (inkl. Gebärdensprachdolmetschen) zu medizinischen Untersuchungen/Krankenhausaufenthalten/Vorsorge-/Rehabilitationseinrichtungen</p> <p><b>Informationen der Bundesministerien in DGS:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Corona-/ Gesundheitshotline:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Bereitstellung aller Informationen von Bundesministerien auch in DGS</p> <p><b>Corona-/ Gesundheitshotline:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>heitsinformationen für gehörlose Menschen</p> <p><b>Informationen der Bundesministerien in DGS:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Corona-/ Gesundheitshotline:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Möglichst weitreichende Umsetzung der EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen</p> <p><b>Informationen der Bundesministerien in DGS:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Corona-/ Gesundheitshotline:</b> keine explizite Aussage</p>	
--	--	---	--	--




## **Barrierefreier Notruf**

**2. FRAGE:** Wollen Sie das Telekommunikationsgesetz nachbessern, sodass gehörlose Endnutzer/-innen einen Zugang zu Notdiensten (direkte Echtzeitkommunikation per Textchat und Videotelefonie in Gebärdensprache) haben müssen, der dem Zugang für andere Endnutzer, die die Nummer 112 anrufen, funktional gleichwertig ist?

				
<p>Entwicklung eines bundesweiten, barrierefreien Notrufs; Festschreiben des barrierefreien Zugangs zum Notrufsystem für Menschen mit Behinderungen</p> <p>Garantieren des Rechts auf angemessene Vorkehrungen gemäß UN-BRK</p> <p>Entwicklung und flächendeckende Einführung einer barrierefreien Notruf-App</p> <p><b>Nachbesserung des TKG:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Textchat/Videotelefonie in Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Einführung barrierefreier Wege zum Rufen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in Notfällen</p> <p><b>Nachbesserung des TKG:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Textchat/Videotelefonie in Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>	<p><b>Nachbesserung des TKG:</b> Verweis auf Novellierung des TKG in der 19. Legislaturperiode: Regelungen zur Sicherstellung eines barrierefreien, gleichwertigen Zugangs zur Notrufkommunikation für Menschen mit Behinderungen; Verweis auf Notruf-App des Bundes und der Länder</p> <p><b>Textchat/Videotelefonie in Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Begrüßen bereits gestarteter Initiativen zur Einführung einer barrierefreien, kostenlosen und einheitlichen Notruf-App</p> <p>Schließen blinder Flecken im Warnsystem durch Warnmix aus digitalen und analogen Medien</p> <p><b>Nachbesserung des TKG:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Textchat/Videotelefonie in Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Verweis auf Kleine Anfrage an die Bundesregierung im letzten Jahr</p> <p>Notwendigkeit, digital einen Notruf per App unmittelbar an die Leitstelle absetzen zu können</p> <p><b>Nachbesserung des TKG:</b> Im TKG sind Voraussetzungen für Notruf-App geschaffen; Kritik an Verschiebung der Umsetzung</p> <p><b>Textchat/Videotelefonie in Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>

## Bildung

**3. FRAGE:** Wie wollen Sie für bimodale und bilinguale Bildungsangebote mit Gebärdensprache sowie für die Anerkennung und Verankerung der Deutschen Gebärdensprache als Unterrichtsfach an den Schulen für Hörbehinderte und als Wahlpflichtfach im Bereich der Fremdsprachen an den allgemeinbildenden Schulen sorgen?

				
<p>Recht auf gemeinsames Lernen in einer Regelschule, Barrierefreiheit von Schulen in Bezug auf bauliche Bedingungen, Ausstattung, Personalqualifizierung, Assistenzleistungen, Lehr-, Lern- und sonstige Hilfsmittel</p> <p>Umsetzung eines Zwei-Lehrer/-innen-Systems, um Förderschulen überflüssig zu machen</p> <p>Investitionsprogramm „Inklusive Bildung“</p> <p><b>Bimodale/bilinguale Bildungsangebote mit Gebärdensprache:</b> Förderung von Angeboten in DGS</p> <p><b>Unterrichts-/ Wahlpflichtfach Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Verweis auf Zuständigkeit der Länder</p> <p><b>Bimodale/bilinguale Bildungsangebote mit Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Unterrichts-/ Wahlpflichtfach Gebärdensprache:</b> Ankündigung, mit den Landesregierungen zu sprechen, damit sie DGS als Unterrichtsfach einführen</p>	<p>Verweis auf Zuständigkeit der Länder</p> <p>Inklusion in Bildungseinrichtungen (Infrastruktur, Unterrichtskoordinierung, inklusive Lehr-/Lernmaterialien); Barrierefreiheit des digitalen Lernens / digitaler Plattformen; Bundesprogramm für Schulsozialarbeit, Förderung von Schüler/-innen, Fortbildung/Entlastung von Lehrkräften, multiprofessionelle Teams mit Fachkräften für Inklusion, gutes Ganztagsangebot</p> <p><b>Bimodale/bilinguale Bildungsangebote mit Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Unterrichts-/ Wahlpflichtfach Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Verweis auf Zuständigkeit der Länder</p> <p>Inklusiver Unterricht durch räumlich, personell und sachlich angemessen ausgestattete Schulen</p> <p><b>Bimodale/bilinguale Bildungsangebote mit Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Unterrichts-/ Wahlpflichtfach Gebärdensprache:</b> Begrüßen der Entwicklung curricularer Vorgaben für ein Wahlpflicht- oder Wahlfach „Deutsche Gebärdensprache“ für die Sekundarstufe I</p>	<p>Verweis auf Zuständigkeit der Länder</p> <p>Möglichkeit der Länder, Regelschulen und Schulen für Hörbehinderte zu unterstützen und Gebärdensprache verstärkt anzubieten, z. B. durch das Angebot einer Ausbildung in Gebärdensprache für Lehrkräfte</p> <p><b>Bimodale/bilinguale Bildungsangebote mit Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Unterrichts-/ Wahlpflichtfach Gebärdensprache:</b> keine explizite Aussage</p>

## Arbeit und Beschäftigung

**4. FRAGE:** Werden Sie die monatliche Ausgleichsabgabe auf mindestens 750 Euro pro nicht besetztem Pflichtarbeitsplatz anheben und die bedarfsge- rechten Arbeitsassistenzeleistungen weiter verbessern, um gehörlosen Menschen gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern?

				
<p>Ziel eines inklusiven Arbeitsmarktes</p> <p>Initiativen zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen</p> <p>Anhebung der gesetzlichen Beschäftigungspflicht von Unternehmen auf sechs Prozent</p> <p><b>Anhebung der Ausgleichsabgabe:</b> „deutliche“ Anhebung; Beseitigung der Möglichkeiten zur Reduzierung der Ausgleichsabgabe; Einsatz der Mittel der Ausgleichsabgabe nur für Schaffung/Sicherung inklusiver Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt</p> <p><b>Arbeitsassistenzeleistungen:</b> Finanzierung aus Steuermitteln, bedarfsdeckend und unbürokratisch</p>	<p>Ziel einer inklusiven Gestaltung des Arbeitsmarktes</p> <p>Anpassung von Ausbildungs-/Arbeitsplätzen an Fähigkeiten/Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen</p> <p>Förderung von Arbeitgeber/-innen, die Menschen mit Binderungen ausbilden/beschäftigen</p> <p><b>Anhebung der Ausgleichsabgabe:</b> Anhebung („höher als bisher“) für „große“ Arbeitgeber/-innen mit „deutlich weniger“ beschäftigten Menschen mit Behinderungen als vorgeschrieben</p> <p><b>Arbeitsassistenzeleistungen:</b> Erleichterung des Übergangs aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen auf den ersten Arbeitsmarkt durch Verbesserung der Arbeitsassistenten</p>	<p>Ziel eines inklusiven Arbeitsmarktes</p> <p><b>Anhebung der Ausgleichsabgabe:</b> Einführung einer neuen, vierten Stufe der Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber, die keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen (in doppelter Höhe der dritten Staffel)</p> <p><b>Arbeitsassistenzeleistungen:</b> Einsatz für Gewährung der Arbeitsassistenten „stets im benötigten Umfang“</p>	<p>Ziel eines inklusiven ersten Arbeitsmarktes</p> <p>Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements, Ausbau von Frühwarnsystemen und Präventivmaßnahmen</p> <p><b>Anhebung der Ausgleichsabgabe:</b> Keine Aussage zu einer Erhöhung; Nutzung der Ausgleichsabgabe nur für Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildung und Arbeit für Menschen mit Behinderungen; Unternehmen sollen „überzeugt“ werden, mehr Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen</p> <p><b>Arbeitsassistenzeleistungen:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Bessere Nutzung vorhandener Fördermöglichkeiten durch Arbeitgeber, Notwendigkeit unbürokratischer Lösungen und stärkerer Anreize für Arbeitgeber</p> <p>Genehmigungsfiktion von vier Wochen für Anträge bei den Integrationsämtern</p> <p>Werkstattsystem als wichtiger Bestandteil für Teilhabe am Arbeitsleben; Entlohnung und Unterstützung dort sollen „neu gestaltet“ werden</p> <p><b>Anhebung der Ausgleichsabgabe:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Arbeitsassistenzeleistungen:</b> keine explizite Aussage</p>






## Soziale Teilhabe

**5. FRAGE:** Wie wollen Sie die Dolmetscherleistungen für Deutsche Gebärdensprache und Deutsch zur sozialen Teilhabe (§76-84 SGB IX) im sozialen und ehrenamtlichen Bereich finanzieren? Wollen Sie die Formulierung „aus besonderem Anlass“ in § 82 SGB IX „Leistungen zur Förderung der Verständigung“ streichen?

				
<p><b>Finanzierung Dolmetscherleistungen:</b> Finanzierung durch Bundesmittel, bedarfsdeckend, einkommens-/ vermögensunabhängig in allen Lebensbereichen, bundesweit einheitliche Kriterien; Einführung eines Teilhabegeldes</p> <p><b>Streichung „aus besonderem Anlass“:</b> Ja – Forderung eines garantierten Rechts auf persönliche Assistenz einschließlich Verdolmetschung in Gebärdensprache in allen Lebensbereichen</p>	<p><b>Finanzierung Dolmetscherleistungen:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Streichung „aus besonderem Anlass“:</b> keine explizite Aussage – Dolmetschleistungen immer, wenn gehörlose, taube oder hörbehinderte Menschen sie brauchen</p>	<p>Anliegen einer guten Ausstattung der Reha-Träger; Einsatz für Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung</p> <p>Verweis auf Bundesteilhabegesetz und 2020 in Kraft getretene Reformstufe; weiterer Einsatz für einkommens-/vermögensunabhängige Gestaltung der Leistungen zur Teilhabe / Wunsch-/Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen</p> <p><b>Finanzierung Dolmetscherleistungen:</b> keine explizite Aussage – Zuständigkeit verschiedener Träger für Leistungen zur sozialen Teilhabe</p> <p><b>Streichung „aus besonderem Anlass“:</b> keine explizite Aussage</p>	<p><b>Finanzierung Dolmetscherleistungen:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Streichung „aus besonderem Anlass“:</b> Nein – Verweis auf § 78 SGB IX; kein weiterer Regelungsbedarf</p>	<p><b>Finanzierung Dolmetscherleistungen:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Streichung „aus besonderem Anlass“:</b> keine explizite Aussage – § 82 SGB IX bietet „gute Voraussetzungen“; konkrete Bewilligungspraxis spiegelt dies nicht wieder; gegebenenfalls Notwendigkeit einer „gesetzlichen Konkretisierung“</p>

## Förderung der Gebärdensprache

**6. FRAGE:** Wie steht Ihre Partei zu unserer Forderung, die Deutsche Gebärdensprache – neben den sieben bisher anerkannten Regional- und Minderheitensprachen in Deutschland – als kulturelle Minderheitensprache im Sinne der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen anzuerkennen?

				
<p><b>Anerkennung der DGS als kulturelle Minderheitensprache:</b> Ja – außerdem Förderung entsprechender Angebote in Schulen</p>	<p><b>Anerkennung der DGS als kulturelle Minderheitensprache:</b> keine explizite Aussage – DGS soll „stärker als bisher“ anerkannt und gefördert werden; Ankündigung einer Prüfung, ob die Anerkennung der DGS als Minderheitensprache dazu beiträgt; Einwand: DGS wird anders als andere Minderheitensprachen in ganz Deutschland ungefähr gleichmäßig benutzt</p>	<p><b>Anerkennung der DGS als kulturelle Minderheitensprache:</b> Nein – Bekenntnis zur Anerkennung, Unterstützung und Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen durch Ratifizierung der UN-BRK; aber: Anerkennung als Regional-/ Minderheitensprache nicht der richtige Ansatz (rechtstechnische Gründe): DGS wird nicht nur regional gesprochen und ist bereits als eigenständige Sprache anerkannt</p>	<p><b>Anerkennung der DGS als kulturelle Minderheitensprache:</b> Nein – Deutsche Gebärdensprache bereits als eigenständige Sprache anerkannt und gesetzlich verankert</p>	<p><b>Anerkennung der DGS als kulturelle Minderheitensprache:</b> keine explizite Aussage – Gebärdensprache bereits als Sprache anerkannt; Offenheit gegenüber einer Prüfung der Anerkennung als kulturelle Minderheitensprache</p>

## Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes

**7. FRAGE:** Wollen Sie das Behindertengleichstellungsgesetz novellieren, um die Verpflichtung zur Barrierefreiheit im privatwirtschaftlichen Bereich zu verankern, Rechtsschutzmöglichkeiten und den Feedbackmechanismus auszubauen und die finanziellen Ressourcen für die Partizipationsförderung (§ 19 BGG) zu erhöhen?

				
<p><b>Verpflichtung zur Barrierefreiheit im privatwirtschaftl. Bereich:</b> Ja – Aufnahme verbindlicher/wirksamer Regelungen u. a. in das AAG und das BGG</p> <p><b>Rechtsschutz/ Feedbackmechanismus:</b> Einführung eines Verbandsklagerechts, damit Antidiskriminierungsverbände klagen können</p> <p><b>Finanzielle Ressourcen für die Partizipationsförderung:</b> Bindung öffentlicher Investitionen und Fördergelder an die Barrierefreiheit (u. a. bei Arztpraxen, medizinischen Einrichtungen, Umbaumaßnahmen)</p>	<p><b>Verpflichtung zur Barrierefreiheit im privatwirtschaftl. Bereich:</b> Verpflichtung zum Abbau von Barrieren innerhalb eines realistischen Zeitraums durch ein Barrierefreiheits-Gesetz, mindestens Treffen angemessener Vorkehrungen</p> <p><b>Rechtsschutz/ Feedbackmechanismus:</b> Verbesserung von Rechtsbehelfen und Feedback-Mechanismen im BGG</p> <p><b>Finanzielle Ressourcen für die Partizipationsförderung:</b> keine explizite Aussage – Verbesserung der Partizipationsförderung im BGG</p>	<p>Weitere Verbesserung des BGG „im Blick“</p> <p><b>Verpflichtung zur Barrierefreiheit im privatwirtschaftl. Bereich:</b> Verbindliche Definition und Vorschreiben von Barrierefreiheit für Private in den Bereichen Information und Kommunikation</p> <p><b>Rechtsschutz/ Feedbackmechanismus:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Finanzielle Ressourcen für die Partizipationsförderung:</b> keine explizite Aussage</p>	<p><b>Verpflichtung zur Barrierefreiheit im privatwirtschaftl. Bereich:</b> keine explizite Aussage – Anreizsysteme zur Verbesserung der Barrierefreiheit von Produkten</p> <p><b>Rechtsschutz/ Feedbackmechanismus:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Finanzielle Ressourcen für die Partizipationsförderung:</b> keine explizite Aussage</p>	<p>Umsetzung rechtlicher Anforderungen z. B. zur Barrierefreiheit von Websites/Apps; Weiterbildung im Arbeitsleben, Berufsbildungsbereich und in Werkstätten; Recht auf digitale Teilhabe im SGB IX, W-LAN in Einrichtungen der Eingliederungshilfe und in der Altenpflege</p> <p><b>Verpflichtung zur Barrierefreiheit im privatwirtschaftl. Bereich:</b> Aufnahme des Begriffs der angemessenen Vorkehrungen in das AGG; Private sollen angemessene Vorkehrungen treffen</p> <p><b>Rechtsschutz/ Feedbackmechanismus:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Finanzielle Ressourcen für die Partizipationsförderung:</b> keine explizite Aussage</p>



## Partizipation und „Nichts über uns ohne uns“

**8. FRAGE:** Was planen Sie in Bezug auf die Behindertenpolitik in der 20. Legislaturperiode? Wie werden Sie die Partizipation an Gesetzgebungsverfahren sicherstellen bzw. stärken, insbesondere hinsichtlich einer fairen Abgabefrist der Stellungnahmen und in Bezug auf die Beteiligung an der Anhörung?

				
<p><b>Partizipation an Gesetzgebungsverfahren:</b> Erarbeitung transparenter Kriterien für barrierefreie Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und ihre Selbstvertretungsorganisationen gemeinsam mit diesen selbst, anschließend verbindliche Festschreibung dieser Kriterien; Barrierefreiheit aller Wahllokale und Wahlinformationsmaterialien (Leichte Sprache oder Gebärdensprache); mindestens bedarfsdeckende Assistenz-/Unterstützungsangebote</p> <p><b>Abgabefrist von Stellungnahmen:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Beteiligung an Anhörungen:</b> keine explizite Aussage</p>	<p><b>Partizipation an Gesetzgebungsverfahren:</b> Keine explizite Aussage – Ziel einer inklusiven Gesellschaft in allen Lebensbereichen</p> <p><b>Abgabefrist von Stellungnahmen:</b> Faire Fristen zur Abgabe von Stellungnahmen als Grundlage der Demokratie</p> <p><b>Beteiligung an Anhörungen:</b> keine explizite Aussage</p>	<p><b>Partizipation an Gesetzgebungsverfahren:</b> Ermöglichung und Förderung einer aktiven Teilnahme von Menschen mit Behinderungen an politischen Entscheidungsprozessen; Verweis auf das novellierte BGG: Förderung über einen Partizipationsfonds für Organisationen von Menschen mit Behinderungen</p> <p><b>Abgabefrist von Stellungnahmen:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Beteiligung an Anhörungen:</b> Selbstvertretungsorganisationen als Sachverständige in Öffentlichen Anhörungen; Verbändeanhörung als wesentlicher Bestandteil des Gesetzgebungsprozesses</p>	<p><b>Partizipation an Gesetzgebungsverfahren:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Abgabefrist von Stellungnahmen:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Beteiligung an Anhörungen:</b> Festhalten an der Einbindung von „Berufsverbänden“ im Rahmen von Stellungnahmeverfahren und Anhörungen</p>	<p><b>Partizipation an Gesetzgebungsverfahren:</b> Systematische Aufarbeitung von Herausforderungen im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe und Ableitung von Empfehlungen in einer „Inklusions-Enquete“ in der kommenden Legislaturperiode</p> <p><b>Abgabefrist von Stellungnahmen:</b> keine explizite Aussage</p> <p><b>Beteiligung an Anhörungen:</b> Verweis auf den Einsatz in der 19. Legislaturperiode dafür, dass Menschen mit Behinderungen und ihre Verbände nicht übergangen werden, z. B. Einsatz für Öffentliche Anhörung zum Barrierefreiheitsstärkungsgesetz</p>

### **Über den Bundesverband**

Der Deutsche Gehörlosen-Bund e. V. versteht sich als sozial- und gesundheitspolitische, kulturelle und berufliche Interessenvertretung der Gebärdensprachgemeinschaft, also der Gehörlosen und anderer Menschen mit Hörbehinderung, die sich in derzeit 26 Mitgliedsverbänden mit ca. 28.000 Mitgliedern, darunter 16 Landesverbänden und 10 bundesweiten Fachverbänden, zusammengeschlossen haben. Insgesamt zählen dazu mehr als 600 Vereine.

Unser Ziel ist die kontinuierliche Verbesserung der Lebenssituation von Gehörlosen durch den Abbau von kommunikativen Barrieren und die Wahrung von Rechten, um eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen.

### **Kontakt**

Daniel Büter

Referent für politische Arbeit

E-Mail: [d.bueter@gehoerlosen-bund.de](mailto:d.bueter@gehoerlosen-bund.de)

Wille Felix Zante

Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail: [w.zante@gehoerlosen-bund.de](mailto:w.zante@gehoerlosen-bund.de)